GESETZBLATT

der Deutschen Demokratischen Republik

1952

Berlin, den 2. September 1952

Nr. 120

Tag	Inhalt	Seite
28. 8. 52	Verordnung über die Kooptierung von Mitgliedern des Kreistages und seiner ständigen Kommissionen	791
28. 8. 52	Verordnung über die Neugliederung der Gerichte	791
28. 8. 52	Verordnung über die Organisation der Wasserwirtschaft	792
19. 8. 52	Zweite Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Einführung des Allgemeinen Vertragssystems für Warenlieferungen in der volkseigenen und der ihr gleichgestellten Wirtschaft	793
20. 8. 52	Dritte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Einführung des Allgemeinen Vertragssystems für Warenlieferungen in der volkseigenen und der ihr gleichgestellten Wirtschaft	794
15.8.52	Preisverordnung Nr. 254 — Verordnung über die Entgelte für das Sammeln von wildwachsenden Heilpflanzen und über die Abgabepreise der volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe für landwirtschaftliche Erzeugnisse	795

Verordnung über die Kooptierung von Mitgliedern des Kreistages und seiner ständigen Kommissionen. Vom 28. August 1952

Auf Grund § 3 des Gesetzes vom 23. Juli 1952 über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik (GBI. S. 613) wird folgendes verordnet:

§ 1
Bis zur Neuwahl des Kreistages können in Ausnahmefällen Kandidaten für den Rat des Kreises vom Kreistag kooptiert werden.

§ 2
Reicht die Zahl der Abgeordneten des Kreistages zur Besetzung der ständigen Kommissionen nicht

aus, so können die Kreisausschüsse der Nationalen Front des demokratischen Deutschland die fehlenden Mitglieder den Kreistagen zur Berufung in die ständigen Kommissionen benennen.

§ 3
Diese Verordnung tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 28. August 1952

Die Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik
Rau
Stellvertreter des Ministerpräsidenten
Koordinierungs- und Kontrollstelle
für die Arbeit der Verwaltungsorgane
Eggerath
Staatssekretär

Verordnung über die Neugliederung der Gerichte. Vom 28. August 1952

Auf Grund des Gesetzes vom 23. Juli 1952 über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik (GBI. S. 613) wird verordnet:

§ 1
Zum Zwecke der Anpassung der Gliederung der Gerichte an den Aufbau des Staatsapparates sind an Stelle der bisherigen Amtsgerichte, Landgerichte und Oberlandesgerichte in den Kreisen Kreisgerichte und in den Bezirken Bezirksgerichte zu errichten.

§ 2
Bis zum Inkrafttreten eines neuen Gerichtsverfassungsgesetzes obliegt den Kreisgerichten die Tätigkeit der bisherigen Amtsgerichte, den Bezirksgerichten die Tätigkeit der bisherigen Landgerichte.

- § 3
1. Das Rechtsmittel der Revision entfällt.
 2. Straf- und Zivilsachen bei den Oberlandesgerichten gehen auf -die nunmehr örtlich zuständigen Bezirksgerichte über.
 3. In den bei den Oberlandesgerichten anhängigen Beschwerdesachen gilt die Beschwerde als nicht eingelegt.

§ 4
Für anhängige Verfahren wird das nach diesen Vorschriften zuständige Gericht durch das bisher zuständige Gericht bestimmt. Diese Entscheidung unterliegt keinem Rechtsmittel.